

Erörterung Denglisch - Abi

Beitrag von „Meike.“ vom 4. Februar 2008 19:11

Es gibt auch noch was ernst Gemeintes im Stern:

Zitat

Unionsfraktion

Anglizismen sollen auf den Müll

Von Lutz Kinkel

Eine Gruppe von Unions-Abgeordneten hat in Berlin ein Positionspapier vorgestellt, das unverständliche Schilder, Gesetze und Anleitungen anprangert - vor allem aber halb-englische Begriffe wie "Call a bike Standort". Die Verbraucherzentralen sind erfreut, die Sprachpfleger jubeln.

"DB Carsharing", "Surf & Travel", "Call a bike Standort" - wer weiß schon, was mit diesen Begriffen gemeint ist? Viel zu wenige, meint die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Deren Beauftragte für Verbraucherpolitik, Julia Klöckner, stellte am Dienstag ein Positionspaper vor, das die Verwendung deutscher Begriffe anmahnt. Die Deutsche Bahn, die in dem Papier explizit für die bizarre Bezeichnungen ihrer Angebote kritisiert wird, will die Vorwürfe prüfen, sagt ein Sprecher zu stern.de. Verbraucherschützer und Sprachpfleger begrüßen die Initiative. In ihrem Positionspapier argumentieren die Unions-Abgeordneten, zu denen zum Beispiel Vertriebenenfunktionärin Erika Steinbach und Ex-CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer zählen, dass die Mehrheit der Bevölkerung englische Begriffe gar nicht oder nicht hinreichend verstehe. Zu den "Nichtverstehern" gehören dem Papier zufolge ältere Menschen, die nie eine Fremdsprache erlernt haben, türkische und arabische Einwanderer, oder auch Ostdeutsche, die in der Schule zwar Russisch, aber kein Englisch gepaukt haben. Diese Menschen dürften nicht ausgegrenzt werden, heißt es. "Es muss im Alltag wieder selbstverständlich werden, dass man sich als Verbraucher in Deutschland ausschließlich mit dem Beherrschten der deutschen Sprache zurechtfindet."

Die Unions-Abgeordneten erheben drei konkrete Forderungen:

Die Bundesregierung soll Vorbild sein: Alle Gesetzestexte, Verlautbarungen, Werbekampagnen und Veröffentlichungen sollten "in verständlicher deutscher Sprache

abgefasst sein". Veranstaltungen wie der "Girls' Day" des Familienministeriums müssten demnach umbenannt werden.

Die Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, etwa die Bahn, die Telekom oder auch Flughäfen, sollten dazu gezwungen werden, ihre Schilder, Broschüren und Websites auch in gutem Deutsch abzufassen. Telekom-Angebote wie "Call & Surf Comfort Plus" oder "Meeting Point"-Hinweisschilder auf Flughäfen müssten dann zumindest ergänzt werden.

Die deutsche Wirtschaft wird aufgefordert, Formulare, Gebrauchs- und Betriebsanleitungen sowie Bedienelemente in deutscher Sprache vorzulegen. Tabu wären zum Beispiel die allgegenwärtigen "Power"-Knöpfe oder auch Bedienungsanleitungen, die ausschließlich in englischer Sprache abgefasst sind.

Die Initiative der Unionsabgeordneten hat keinen bindenden Charakter - sie ist offenbar, obwohl das Papier unter Überschrift "Verbraucherschutz" läuft, nicht mit Horst Seehofers Verbraucherministerium abgestimmt. Eine von stern.de angefragte Sprecherin sagte, sie müsse sich zunächst einen Überblick verschaffen und Rücksprache halten. "Kniefall vor den USA"

Stattdessen hatten die Abgeordneten den Bundesverband der Verbraucherzentralen vorab informiert. "Wir begrüßen es, wenn Bezeichnungen abgeschafft werden, die zu Fehlinformationen führen", sagt Verbandsreferent Christian Fronczak. Vor allem würden sich Verbraucher über unverständliche Passagen im Kleingedruckten von Verträgen beschweren. "Verunsicherung, Irreführung und Fehlinformation von Verbrauchern ist bei uns ein großes Thema", so Fronczak. "Aber es lässt sich nicht allein an Anglizismen festmachen."

Gerd Schrammen, Sprecher des Vereins Deutsche Sprache, der rund 27.000 Mitglieder zählt, begrüßt die Initiative ebenfalls - auch deshalb, weil ein Mann wie Laurenz Meyer, der bislang nicht durch sprachpflegerische Aktionen aufgefallen ist, daran teilnimmt. "Herr Meyer wäre ein neues Schaf in unserer Herde. Das wäre gut: Er hat politisches Gewicht." Schrammen, der vor seiner Pensionierung als Romanist an der Uni Göttingen arbeitete, wehrt sich im Namen des Vereins gegen jede Art von Anglizismus in der Werbung und in den Medien. "Wir wollen auf keinen Fall, dass die Sprache von irgendwelchen Schwätzern zu einem hässlichen Kauderwelsch verunstaltet wird - das auch für Verbraucher irreführend ist", sagt er zu stern.de. Für Schrammen hat die Abwehr von Anglizismen auch eine politische Dimension, die so von den Unionsabgeordneten sicher nie formuliert werden würde: "Jedes englische Wort, das wir benutzen, ist ein Kniefall vor der herrschenden Weltmacht USA."

Alles anzeigen

<http://www.stern.de/politik/deutschland/585136.html>